theidigung gebrauche. Ich kann kein Wort darauf erwidern, weil ein Eid mich bindet.

(Lebhafte Bewegung, besonders auf der linken Seite des Hauses, die Abgeordneten der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei treten zusammen und sind in der lebhaftesten Discussion begriffen, daß der Abg. Heise, welchem inzwischen der Präsident das Wort ertheilt hat, ganz unverständlich bleibt und in der Rede innehält.)

Dann ruft, ohne daß ihm der Präsident das Wort ertheilt hat, der Abg. Lasker: Ich beantrage, die Sitzung auf eine beliebige Zeit zu vertagen. Das Haus ist in einem Theile in einer solchen Aufregung, daß ich glaube, die sachliche Förderung der Debatte wird darunter leiden (Oho! rechts). Abg. Heise spricht gegen die Vertagung, er habe das Wort und werde es nicht abgeben. Abg. Windthorst (Meppen) spricht gegen die Vertagung. Männer müssen ihre Aufregung zu unterdrücken wissen. Abg. Dr. Jacobi (Berlin): Ich bin gegen den Antrag Lasker und in keiner Weise erregt. Ich habe von dem Herrn Minister nur aussprechen hören, was wir thatsächlich seit Jahren erleben. Der Präsident erklärt, daß er eine Abstimmung über den Antrag Lasker nicht vornehmen werde und in der Debatte fortfahrend dem Abg. Heise das Wort ertheile.

Abg. Heise führt nun in seiner Rede fort und spricht für die Regierungsvorlage. Der Linken hält derselbe ein, daß es nicht constitutioneller Brauch sei, zu verlangen, daß, wenn sie ein Votum abgebe, die Regierung jedesmal die Segel streiche, es sei der Regierung nicht zuzumuthen, daß sie dem Abgeordnetenhause nachlaufen müsse. Die Erregung der Linken könne er von ihrem Standpunkte aus deßwegen gerechtfertigt finden, weil Das, was der Herr Justizminister gesagt, für sie nicht sehr schmeichelhaft und angenehm sein möchte (Unruhe links), aber dahin sei es nicht gekommen, daß der Herr Justizminister einen Conflict provocirt hat, und er müsse sich und seine politischen Freunde gegen eine derartige Auffassung ausdrücklich verwahren. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Waldeck geht auf die Praxis ein, die beim Obertribunal war und bei der Zuziehung von Hilfsrichtern beobachtet ist. Das Bedürfniß ist nicht nachgewiesen, deshalb sprechen wir uns auch entschieden dahin aus, daß wir diese Vertretung nicht für zulässig halten. Wenn wir keine Veranlassung gehabt hätten, einen solchen Ausspruch nebenbei zu thun, eine solche Resolution zu machen, so ist sie uns jetzt dringend geboten durch die Erklärung des Herrn Justizministers (Sehr wahr! links), der uns auf das Entschiedenste erklärt hat, daß er durchaus thun will in dieser Sache, was ihm beliebt. Meine Herren! Dann stände der Herr Justizminister weder unter den Gerichten des Landes, noch unter der gesetzgebenden Gewalt des Landes, von der er ja ein einzelnes Glied bildet, er, der nur ein einzelnes Mitglied des Staatsministeriums ist. Wenn sich das ganze Staatsministerium dem Budgetgesetze der Kammer unterwerfen muß, dann muß es um so mehr dasjenige Mitglied des Staatsministeriums, welches die Gerechtigkeit vertritt. (Lebhaftes Bravo! links.) Zu Dem, was mir gesagt haben, liegt keineswegs, wie der Herr Justizminister zu glauben schien, irgend eine Empörung gegen seine Gewalt; ja, ich weiß gar nicht, warum er sich in dieser Weise echauffirt hat. (Sehr richtig! links.) Wir haben ebenso wenig gegen das Ministerium, wie gegen die Staatsgewalt und den höchsten Gerichtshof eine Empörung aussprechen wollen. Wir sagen einfach, was wir für nicht zulässig halten und jetzt nicht entsprechend dem Stande des höchsten Gerichtshofes und dem Stande der Verfassung und der Gesetzgebung. Aus diesem Grunde streichen wir die Position. Meine Herren, wir müssen das jetzt thun.

Justizminister Dr. Leonhardt: Wenn der Herr Abg. Waldeck sagt: ich habe geäußert, ich würde thun, was mir beliebt, so muß ich erklären, daß ich davon kein Wort gesagt habe, kein Wort; ich habe vielmehr nur gesagt, ich müsse die Rechtsordnung aufrecht erhalten und werde Dasjenige thun, was ich für Recht erkenne. . . Meine Herrn, wie kann man von mir sagen: ich habe den Conflictsfall provocirt? Ich habe ja gerade das Umgekehrte gesagt. Ich habe von dem Falle der Nothwehr gesprochen, von dem Falle, daß ich nicht anders könnte und so handeln müßte, um die Rechtsordnung aufrecht zu erhalten, um einen prompten Gang der Justizpflege, für welche ich verantwortlich bin, zu erhalten. Es handelt sich hier nicht um 1000 Thlr., sondern es handelt sich einfach darum, die Rechtmäßigkeit der Organisation des Obertribunals festzuhalten und keinen Zweifel darüber im Lande aufkommen zu lassen, daß das Obertribunal verfassungsmäßig Recht spricht und seit einem Menschenalter Recht gesprochen hat.

Graf v. Bethusy-Huc stimmt für den Antrag der andern Commissare und ersucht die Liberalen, nicht wegen einer Budgetposition von 1000 Thlr. ihre kräftige, vielleicht unentbehrliche Mitwirkung zu jenen großen Reformen zu versagen, welche der Herr Justizminister gestern angekündigt hat. Allerdings erkläre er, daß er die Aeußerungen des Herrn Justizministers bedauert habe (Hört! Sehr wahr! links), und wenn er jetzt für die Bewilligung der Regierungsposition stimme, so thue er das, nicht weil, sondern obgleich der Herr Justizminister gesprochen hat. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Virchow spricht gegen die Regierungsvorlage und äußert dabei: Die Lehre, die der Hr. Justizminister jetzt predigt, ist nichts Anderes, als die Lehre von seiner Unabkömmlichkeit. (Oh! oh! rechts, Zustimmung links.) Dagegen müssen wir hier protestiren. Ich bin bereit wie Einer, dem Hrn. Minister zu attestiren, daß er diligentiam prästirt, ich sehe mit Vergnügen, wie die Geschäfte vorwärts gehen und das System der politischen Verfolgungen in der juristischen Sphäre durch Maßregelung richterlicher Beamten, aufgegeben ist, trotzdem halte ich ihn nicht für unentbehrlich, wenn mit seinem Verbleiben die Verfassung unsers Landes in Frage gestellt wird. (Sehr richtig!) Denn die Verfassung zu vertheidigen ist das Erste und Wichtigste, was ich als Abgeordneter zu vertheidigen habe. Ich muß aber constatiren, daß ich die Stellung, welche der Hr. Justizminister heute eingenommen hat, für eine so spontan gewählte, so sehr aus seiner Initiative hervorgegangene Provocation dieses Hauses erachte (Zustimmung), daß ich darüber ausdrücklich Zeugniß ablegen muß. Die Herren, die früher uns gegenüber so häufig unsre Leidenschaftlichkeiten betont haben, werden heute vielleicht Gelegenheit gehabt haben, zu sehen, wie wir provocirt werden, was wir zu dulden haben. (Heiterkeit rechts.) Ich warne den Hrn. Justizminister dringend, diesen Weg zu beschreiten, das würde ein verschärfter Standpunkt sein.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird jetzt angenommen und es erfolgt die Abstimmung. Ueber die Regierungsvorlage und den Antrag der Commissare des Hauses ist namentliche Abstimmung beantragt. Die geforderten 1000 Thlr. werden in der namentlichen Abstimmung mit 192 gegen 160 Stimmen gestrichen. (Für die Streichung stimmen die ganze Linke; gegen dieselbe die Conservativen, die Freiconservativen und die Abgg. v. Ereal, v. Eynern, v. Schwarzkoppen, v. Patow und Frhr. v. Eckardstein vom Centrum.) Sodann wird der Antrag Windthorst (Lüdingshausen) angenommen (gegen dieselben stimmen beide conservative Fractionen), worauf nun auch der Antrag der andern Commissare des Hauses:

„Die Erwartung auszusprechen, daß bei der bevorstehenden Organisation des höchsten Gerichtshofes die Stellvertretung einzelner Mitglieder desselben durch dem Gerichtshofe nicht angehörige Richter ausgeschlossen werde",

fast einstimmig angenommen wurde. Die weitere Etatsberathung bot kein erhebliches Interesse. Nächste Sitzung Donnerstag.

Essen, 30. November. Die „Ess. Ztg." schreibt: Aus Anlaß einer gestern erfolgten Auflösung einer Arbeiterversammlung kam es zu einem offenen Kampfe der Gendarmerie und Polizei einerseits und der Civilisten andererseits, wobei erstere von ihrer blanken Waffe Gebrauch machten, da sie durch Steinwürfe attaquirt wurden. Infolge dessen herrschte große Aufregung in der Stadt, bis am Abende, wo eine zweite Versammlung stattfand, der Kampf aufs Neue ausbrach und ziemlich bedeutende Dimensionen annahm. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden und viele theilweise nicht unerhebliche Verwundungen auf beiden Seiten leider die nächsten traurigen Folgen der Tumulte, die außerdem noch zur theilweisen Demolirung des Versammlungslocales geführt haben. — Laut der „Ess. Volksztg." konnte auch eine gestern in Steele anberaumte Versammlung sämmtlicher Bergleute ihre Tagesordnung nicht erledigen, da Hr. F. W. Raspe sich in Redensarten erging, die den anwesenden 1. Beigeordneten, Hrn. Beismard, als Vertreter der Polizeigewalt, veranlaßten, die Versammlung aufzulösen und die Bergleute, welche sich ungemein zahlreich eingefunden hatten, zum Verlassen des Locals aufzufordern. Dieser Aufforderung wurde sofort und ziemlich ruhig Folge geleistet. Auch die zu derselben Zeit in Altendorf stattgehabte Versammlung soll polizeilich aufgelöst worden sein.

Kiel, 29. November. Die „K. Z." meldet, daß den Vorstandsmitgliedern des schleswig-holsteinschen Wahlvereins resp. am 24., 25. und 26. d. M. die ämtliche Benachrichtigung zugegangen, daß seiten der königl. Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Erkenntniß des königl. Kreisgerichts vom 29. October an demselben Tage das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet und durch das hiesige königl. Amtsgericht am 20. November die vorläufige Zulassung dieses Rechtsmittels verfügt ist. (Bekanntlich erhielten die Vereinsmitglieder, wie wir in Nr. 272 ausführlich berichtet, die erste Nachricht von dem Recurse des Staatsanwalts durch ein in der „K. Z." abgedrucktes Schreiben des Letztern.)

Aus Thüringen, 27. November, berichtet das „Fr. J.": Der meininger Landtag hat die Etatsberathung mit der Annahme eines Antrags des Finanzausschusses eröffnet, wonach die Regierung ersucht wird, bei dem Bundesrath die Verminderung der Militärlasten und die Reduction und gleichmäßige Vertheilung der Matricularbeiträge zu erstreben. Der Einnahmeetat ist in einer Sitzung erledigt worden; dabei ist es interessant, daß Regierung und Landtag darüber einverstanden sind, daß Soll und Haben nicht durch Steuerzuschlag oder durch neue Steuern, sondern durch Anleihen nach einem bestimmten Plane im Gleichgewicht gehalten werden sollen. Daß der Domänenvergleich adoptirt werden wird, dafür hat sich bei der Etatsberathung schon ein Zeichen eingestellt. Der Landtag hat nämlich zwei Drittel des Ueberschusses aus den Domänenrevenüen dem Etat überwiesen. Die Regierung hat ein Gesetz zur Erhöhung der Besoldungen und Pensionen der Volksschullehrer eingebracht.

⚓ **Altenburg,** 1. December. Die feierliche Beisetzung der Leiche Sr. Hoh. des Herzogs Joseph in der von ihm selbst in der Mitte des städtischen Gottesackers erbauten Fürstengruft fand heute Morgen 9 Uhr in der festgesetzten Weise statt. Zu derselben waren von fremden Fürstlichkeiten bereits vorgestern Se. Hoh. der Erbprinz und die Erbprinzessin von Anhalt, gestern Abend Se. Maj. der König von Sachsen und Se. k. Hoh. der Großherzog von Sachsen-Weimar auf hiesigem Schlosse eingetroffen. Den Leichenconduct, welcher sich theils im innern Schloßhofe, theils auf der Rampe des Schlosses und auf dem Josephsplatze ordnete, eröffneten zwei Bataillone des 7. thüringschen Infanterieregiments Nr. 96 (das hier in Garnison liegende 1. und das gestern von Gera eingerückte 2. Bataillon); ihnen folgten, geführt von einem Trauermarschall, die Knaben der Bürgerschule, das Gymnasium und Seminar, Deputationen der wesentlich von dem Verewigten in das Leben gerufenen städtischen Feuerwehr, des städtischen Schützencorps, der Bürgervorstand und Stadtrath der Residenzstadt, die in der Stadt ihren Sitz habenden Behörden, die Diener und Leibärzte des Verstorbenen. Unmittelbar vor dem mit sechs Pferden bespannten Leichenwagen trug der langjährige persönliche Adjutant, Kammerherr und Major v. Köthe, auf einem Kissen das Großkreuz des sachsen-Ernestinischen Hausordens, bei dessen Stiftung auf Schloß Friedenstein im December 1833 Se. Hoheit als Erbprinz im Auftrage seines Vaters, des höchstseligen Herzogs Friedrich, die Linie Sachsen-Altenburg vertreten hatte. Die Zipfel des Leichentuches wurden von dem Geh. Rath v. d. Planitz, Oberhofjägermeister v. Wangenheim, Geh. Rath v. Seckendorf und Oberstallmeister v. Seebach getragen. Dem Sarge folgten zunächst in erster Reihe Se. Hoh. der Herzog Ernst mit dem Großherzog Peter von Oldenburg, in zweiter Se. k. Hoh. der Großherzog von Sachsen-Weimar, der Erbprinz von Anhalt und Prinz Moritz, hierauf die Abgesandten von Preußen (vertreten durch den Generalmajor v. Wartenberg, früher Commandeur des hiesigen Regiments), von Bayern, Mecklenburg, Koburg-Gotha, Meiningen, Reuß und andern Höfen, die Mitglieder des herzogl. Ministeriums, die gerade zum Landtag versammelte Landschaft des Herzogthums, eine sehr große Anzahl fremder Offiziere, die Mitglieder der Landescollegien, die Jägerei, die Hofofficianten und Hofdiener. Unter den fremden Offizieren waren besonders die Officiercorps der benachbarten k. sächsischen Garnisonen sehr zahlreich vertreten; auch das k. preußische 19. Infanterieregiment, dessen Inhaber der Verstorbene war, hatte eine Deputation entsendet. Nachdem der Zug am Portal der Fürstengruft angelangt war, erschienen in Hofwagen Se. Majestät der König von Sachsen, Ihre Maj. die Königin Marie von Hannover nebst ihren beiden Prinzessinnen-Töchtern Marie und Friederike, Ihre kais. Hoheit die Großfürstin Alexandra von Rußland, Ihre k. Hoh. die Großherzogin von Oldenburg und Prinzessin Therese, die Erbprinzessin von Anhalt, Prinzessin Moritz und Prinzessin Marie (Tochter des regierenden Herzogs) und traten mit der Versammlung in die Gruft ein. Die Trauerrede wurde von dem Hofprediger und Consistorialrath Hilbert, das Gebet und der Segen von dem Generalsuperintendenten und geh. Consistorialrath Dr. Braune gesprochen. Nach dem Schlusse des Gebetes erfolgte dem Wunsche des hohen Verstorbenen gemäß der Gesang des Liedes: „Ich hab' genug"; während dessen gaben zugleich die in der Nähe aufgestellten zwei Infanteriebataillone die üblichen drei Ehrensalven. Zuletzt verrichteten sämmtliche höchste Herrschaften um den Sarg knieend noch ein stilles Gebet, worauf sich die Versammlung trennte.

* **Lübeck,** 1. December. (Tel.) Die „Eisenbahnzeitung" meldet: Der Senat hat heute dem von Berlin zurückgekehrten Dichter Geibel das Ehrenbürgerrecht der Stadt Lübeck verliehen.

Karlsruhe, 28. November. Das heute erschienene „Regierungsblatt" Nr. 66 enthält u. A. eine unmittelbare Entschließung des Großherzogs, die öffentlichen Verkündigungsblätter betreffend. Dieselbe enthält folgende Bestimmungen: An die Stelle der zur Zeit bestehenden drei allgemeinen Verkündigungsblätter, nämlich des „Regierungsblatts", des „Centralverordnungsblatts" und des „Allgemeinen Anzeigeblatts", treten vom 1. Jan. 1869 an: 1) ein „Gesetzes- und Verordnungsblatt" und 2) ein „Staatsanzeiger". Die Redaction beider Blätter wird von dem Secretariat des Staatsministeriums besorgt. Außer den erwähnten amtlichen Blättern dient die „Karlsruher Zeitung" zur Aufnahme öffentlicher, für das ganze Land bestimmter Bekanntmachungen der Staatsbehörden.

Wien, 1. December. In der letzten Sitzung des Professorencollegiums der medicinischen Facultät kam der Antrag des Prof. Dumreicher: daß in Zukunft Zweidrittelmajorität des Collegiums erforderlich sei, um zum außerordentlichen Professor vorgeschlagen zu werden, zur Debatte und Abstimmung, und wurde der Dumreicher'sche Antrag mit 12 gegen 3 Stimmen angenommen.

— Die „Oest. C." meldet: Ein gestern eingegangenes kurzes Telegramm aus Wieliczka bringt die einigermaßen beruhigende Nachricht, daß das Wasser falle. Die Vermuthung wird laut, daß das plötzliche Eindringen eines mächtigen Wasserstroms mit den Erderschütterungen der jüngsten Zeit zusammenhänge.

Feldkirch, 30. November. (Pr.) Das Kreisgericht von Feldkirch forderte vom Bischofe von Brixen die Herausgabe der Ehegerichtsacten innerhalb einer Frist von acht Tagen, im Weigerungsfalle ist er mit einer Strafe von 1000 Fl. bedroht.

** **Pesth,** 30. November. Die Pensionenfrage hätte fast den Sturz des ungarischen Ministeriums herbeigeführt; seine Niederlage hing an einem Haare. Es handelte sich hierbei um die Pensionen für die Hofkanzler und andere hohe Beamte, welche in der Periode vor dem Ausgleich die ungarischen Angelegenheiten geleitet hatten. Das Ministerium hatte dafür eintreten müssen, diese Pensionen auf den Etat des ungarischen Budgets zu übernehmen. Nun hat dasselbe allerdings ein erkleckliches Deficit, aber nicht blos aus diesem Grunde stieß die Forderung bei den ungarischen Abgeordneten auf großen Widerstand. Dieser Widerstand galt weit mehr den Personen als der Sache; es handelte sich um Leute, welche die Verfassungstreuen als Gegner, die Patrioten als Feinde, ja als Verräther des Vaterlandes betrachten. So kam es, daß in dieser Frage ein bedeutender Theil der Majorität mit der Linken übereinstimmte. In solcher Noth erwies sich abermals Deak als Helfer. Er sprach während der betreffenden Clubdebatte das schöne Wort: „Ich liebe mein Vaterland mehr als ich dessen Feinde hasse." Er fügte hinzu: Der König habe in seiner Hochherzigkeit das Loos der Honveds gemildert und die Nation müsse es dem Monarchen gleich thun. Gleichwohl erlangte auch Deak nur den Beschluß, die Pensionen dieser Kategorie für das künftige Jahr, also provisorisch, zu bewilligen, den Finanzminister jedoch zu beauftragen, dem künftigen Reichstage einen Gesetzesvorschlag, behufs endgiltiger Regelung dieser Frage vorzulegen. Dem entsprechend entschied das Haus.

Paris, 30. November. Der Hof wird, der „K. Ztg." zufolge, am 20. December von Compiègne zurückkehren. — Demselbe Blatte schreibt man Folgendes über einen Strike der Schriftsetzer: Ein großer Theil der Pariser Setzer hat heute ihre Arbeiten eingestellt. Die Bewegung geht von der „Gesellschaft der Setzer" aus, die schon vor längerer Zeit eine Abänderung des Tarifs verlangte, aber nichts durchsetzen konnte. Einige Druckereibesitzer, wie Renour und Chair, nahmen den neuen Tarif, jedoch nur provisorisch, an; es wird deshalb in diesen Druckereien fortgearbeitet. Obgleich an die Arbeitseinstellung nur die Mitglieder der „Gesellschaft" gebunden sind, so haben doch viele der übrigen Setzer „Grève" erklärt, wie z. B. die der Druckerei von Dupont, einer der größten von Paris. Dieselben benutzten die Gelegenheit, um die Frage betreffs der Arbeit der Frauen in den Druckereien wieder zur Sprache zu bringen, und knüpften an die Wiederaufnahme ihrer Arbeit die Bedingung, daß Dupont alle Frauen — er beschäftigt deren nur noch neun — ihres Dienstes entläßt. Der Präsident der „Setzer-Gesellschaft" selbst befand sich einige Stunden in Haft. Er war nämlich vom Druckereibesitzer Martinet angezeigt worden, protestirte aber gegen diese Maßregel, welche man gegen ihn ergriffen, und wurde freigelassen, weil nichts gegen ihn vorlag. — Das „Journal de Paris" meldet, daß die chinesische Gesandtschaft, die sich augenblicklich in London befindet, gegen Ende December nach Paris kommen wird. Der Chef dieser Gesellschaft, Herr Burlingame, beabsichtigt, den Winter in Paris zuzubringen. — Die Blätter beschäftigen sich heute sämmtlich mit der Person, den Lebensumständen und der politischen Bedeutung des am Sonntag-Morgen verschiedenen Herrn Berryer. Der „Constitutionnel", indem er dessen Tod anzeigt, verspricht, dem Andenken eines Mannes, „der zu den Berühmtheiten Frankreichs zählt," einen besondern Artikel zu widmen. Die „Liberté" schreibt: „Berryer's Tod ist unstreitig der größte Verlust, welchen die legitimistische Sache erleiden konnte." Dem „Gaulois" zufolge werden die Obsequien Berryer's heute über acht Tage in Augerville gefeiert werden, es sei denn, daß sein Testament eine andere Bestimmung enthielte.

Florenz, 28. November. (J. C.) Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind sowohl in Neapel, als auf ihrer Reise dahin an allen Orten, die sie berührten, mit vielem Enthusiasmus empfangen worden; die Mutter der Kronprinzessin, die Herzogin von Genua, hat sich zu längerem Aufenthalte nach Mentone begeben, wo auch die Königin-Wittwe von Preußen den Winter zu verbringen gedenkt. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden sind unter dem Incognito eines Grafen und Gräfin v. Eberstein in Florenz eingetroffen, nachdem Hochdieselben eine von schönem Wetter begünstigte Reise über Marseille, Nizza, Savona, Genua gemacht haben.

Bukarest, 30. November. Der „Deb." wird telegraphirt: Der Ministerwechsel (durch welchen die gemäßigte Bojarenpartei ans Ruder gekommen) erregt große Sensation. Allgemein circulirt das Gerücht, Fürst Karl habe geäußert, er würde für den Fall, als die Kammern gegen das neue Ministerium wären, lieber abdanken, als die Kammern neuerdings auflösen, da er im letztern Falle für die Aufrechterhaltung der Ruhe im Lande nicht einstehen könnte.

Damaskus, 5. November. (A. Z.) Der Verschwörungsproceß Hassan Bey's (O'Reilly's) ist für den Augenblick hier abgeschlossen, da von Konstantinopel durch den Telegraphen der Befehl eintraf, ihn und seine Mitschuldigen dorthin zu senden. O'Reilly gestand in seinem Verhöre offenherzig: die Expedition habe den Zweck gehabt, der hiesigen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten durch Anstiftung und Unterhaltung von Unruhen unter den Nomadenstämmen, und sie sei auf indirecte Weisungen des ägyptischen Prinzen Mustapha unternommen worden. Die andern hierbei etwa noch Betheiligten nannte er nicht. Die Amerikaner ertheilten auf keine Frage eine Antwort; sie würden, erklärten sie, dies nur thun, wenn sie die Ermächtigung ihres Consuls dazu erhielten. Dieser, Herr Johnson, war aber eigens von Beirut aus hierher gekommen, um den Behörden zu erklären: daß er ihr Recht, gegen seine Landsleute irgendwie einzuschreiten, nicht anerkenne. Der Oesterreicher, Jul. Franz, erklärte dem Gericht durch den Dolmetscher Bertrand: er habe seiner Aussage vom 7. October nichts beizufügen; er sei ein untergeordneter Angestellter eines der bei der Expedition Betheiligten und brauche die Absichten seines Chefs nicht zu kennen. Trotz dieser Rechtfertigung dürfte er seine Freiheit nicht erhalten.

Dresdner Nachrichten

vom 2. December.

R.— Die letzte Sitzung des Städtischen Vereins bot durch ihr Thema, die viel besprochene und erörterte Krankenhausfrage, hervorragendes Interesse. Die Forderungen des Referenten Dr. Gleisberg erstreckten sich auf Anstellung weiterer Assistenzärzte, Vermehrung des Wärterpersonals und auf räumliche Erweiterung der Anstalt, um nicht blos dem einzelnen Kranken mehr Luft, Licht und Raum zu verschaffen, sondern auch entsprechende Einrichtungen für Geisteskranke und eine vollständige Separirung der syphilitischen Station zu ermöglichen. Sämmtliche Anträge wurden nach lebhafter Debatte genehmigt, allseitig aber anerkannt, daß die sonstigen Verhältnisse des Krankenhauses, obwohl noch mancher Besserung bedürftig, doch im Allgemeinen befriedigend seien, und daß ferner von der bisherigen wie von der gegenwärtigen (interimistischen) ärztlichen Leitung rühmend hervorzuheben sei, wie die betreffenden Herren Alles gethan hätten, um mit den vorhandenen Mitteln und trotz mancher unvortheilhaften Einrichtung das Dresdner Krankenhauswesen möglichst auf der Höhe der Zeit zu halten.

— Wie wir vernehmen, hat der am 26. November in Meinhold's Sälen stattgefundene Ball zum Besten des Albertvereins einen Reinertrag von mehr als 400 Thlr. ergeben.

— Wir wollen nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß Herr L. Figer seine Zaubervorstellungen — welche stets reichen Beifall finden und denselben in hohem Maße verdienen — mit Ende dieser Woche schließen wird.

Provinzialnachrichten.

Leipzig, 1. December. (D. A. Z.) Am gestrigen Tage kehrte der Chef der Firma F. A. Brockhaus, Heinrich Brockhaus, nach einer achtzehnmonatlichen Abwesenheit in seine Heimath zurück. Seine Reise hatte sich im Norden bis zu den Orkney-, den Shetland- und Färöerinseln und dem fernen Island erstreckt, im Süden nach Algier, Oran, Constantine bis an die Grenze der Wüste, Tunis und die Ruinen von Karthago ausgedehnt. Weiter wurde Majorca besucht und eine Reise durch Spanien, Portugal, Frankreich, England, Schottland und Irland unternommen. Die Reise hat des Anziehenden und Belehrenden viel geboten und ist durch keinerlei Mißgeschick getrübt worden. Das Personal der verschiedenen Geschäftszweige der Firma F. A. Brockhaus hatte dem rückkehrenden Chef einen festlichen Empfang bereitet und bewies dadurch aufs Neue seine treue Anhänglichkeit.

Statistik und Volkswirthschaft.

Schleswig, 30. November. (H. N.) In der heutigen Generalversammlung der Schleswig-Klosterkrug-Eisenbahngesellschaft wurde beschlossen, die Bahn an die schleswigsche Eisenbahngesellschaft für 90,300 Thlr. Reichsmünze zu verkaufen. Die Uebergabe der Bahn erfolgt am 2. Januar 1869.

Ludwigshafen, 1. December. In der heute stattgehabten Generalversammlung der Actionäre der pfälzischen Maximiliansbahn wurde einstimmig der Bau einer Zweigbahn von Winden nach Bergzabern, sowie die Erhöhung des Bau- und Einrichtungscapitals um 275,000 Gulden genehmigt.

* **Ein neues Feuerzeug.** Eine in der Geschichte der Industrie jedenfalls Epoche machende Erfindung ist soeben aus dem chemischen Laboratorium der k. polytechnischen Schule in Dresden hervorgegangen, indem es Herrn Prof. Dr. Fleck daselbst gelungen ist, die seit ungefähr 30 Jahren in den Verkehr eingeführten Streichhölzer, welche durch ihre Phosphor haltende, daher giftige Zündmasse schon so oft Veranlassung zu Unglücksfällen geworden, durch Zündrequisiten zu ersetzen, welche, ebenso einfach als sicher im Gebrauch, eine völlig ungefährliche, giftfreie Zündmischung einschließen. Einer hierauf bezüglichen Abhandlung des Erfinders in „Dingler's polytechn. Journal" entnehmen wir darüber Folgendes: In dem Kochsalz und in der Soda ist ein silberglänzendes, weiches Metall, das Natrium, enthalten, welches nach den Untersuchungen des Prof. Fleck u. A. dadurch ausgezeichnet ist, daß es, mit explosiven Stoffen in feinvertheilter Form zusammengebracht, deren Entzündung bedingt, sobald ein Tropfen Wasser oder ein mit Wasser befeuchteter Körper damit in Berührung kommt. Durch Ueberführung solcher, das Natrium enthaltender Zündgemische in die Form kleiner Pillen oder Zündblättchen (Amorces), oder durch Uebertragung derselben auf Papierstreifen lassen sich nun Feuerzeuge darstellen, deren Inhalt, statt bei den Streichhölzchen durch Reiben an einer rauhen Fläche, durch Oeffnen einer Messingkapsel, oder durch Anstechen mit einer spitzen Nadel, oder durch bloses Auseinanderreißen zweier die Zündmischung einschließender Papierstreifen zur Entzündung gelangt. Durch Vermischen der Zündmassen mit conservirenden Stoffen, sowie durch gleichzeitige starke Compression, durch welche sie sich eben so wenig wie durch Schlag oder Reibung entzünden können, erlangen dieselben beständige Haltbarkeit, dauernde Sicherheit in der Wirkung, und gestatten, mit diesen Eigenschaften versehen, eine größere Vielseitigkeit in der Anfertigung verschiedener Formen von Feuerzeugen, als es bei der bisher angewendeten Phosphorzündmasse möglich war. Es wird nun die Aufgabe der Industrie sein, diese ihr von Herrn Prof. Fleck dargebotene Erfindung zu verwerthen und dadurch sich selbst von allen den Gefahren und Uebelständen zu befreien, welche die Anfertigung der bisher fabricirten Streichhölzer für die Gesundheit der Arbeiter mit sich brachte. Ueber die Verwerthbarkeit der Fleck'schen Zündmasse zu Sprengarbeiten unter und über dem Wasser, zu denen sie sich wesentlich qualificiren, müssen wir auf die Abhandlung verweisen.

Nächste Dampfer nach Nordamerika. Vom Liverpool: Donnerstag, 3. Decbr., Abends 5 Uhr, der „Nestorian" über Cap-Race nach Portland (in Moville am 4., Nachm. 2 Uhr); Sonnabend, 5. Dec., Abends 5 Uhr, die „City of York" über Halifax nach New-York und die „Java" nach New-York direct (in Queenstown am 6., Nachmittags halb 3 Uhr).

Eingesandtes.

Oscar Baumann, Frauenstraße 10,

in Dresden, erhielt dieser Tage größere Zusendungen passender Artikel für das bevorstehende Fest; besonders hervorzuheben sind die eleganten **Flaconküche in Leder,** 2, 3 und 4 geschliffene Flacons für Parfüm enthaltend, sowie namentlich eine Collection der neuesten **Pariser Ball- und Theater-Fächer, Parfums für das Taschentuch, feinste franz. Toilettiesseifen und Hautverschönerungsmittel** der ersten Häuser in Paris und London.

„Wenn je ein Volkskalender

seine Aufgabe, zu **unterhalten, zu bilden, zu nützen** ꝛc., erfüllt, so ist es dieser (**Lahrer Hinkender Bote**), der in einer Auflage **von 500,000 Exemplaren** über ganz Deutschland verbreitet ist. (Didaskalia.)